

B E S C H L U S S
des 103. Ordentlichen Landesparteitages
am 12. Juli 2008
in Mannheim

Gegen eine Verbotskultur in der baden-württembergischen Landespolitik, für eine Politik von Freiheit und Verantwortung.

Gegen eine Gängelung mündiger Bürger

Die staatliche Umsetzung von Verboten ist nur dann legitim, wenn das Handeln des einen die Freiheit des anderen verletzt. In private Verhaltensentscheidungen, die die Rechte anderer nicht verletzen, darf die Politik nicht eingreifen. Ein großer Respekt vor der Privatsphäre der Bürger wird insbesondere von einer Landesregierung mit FDP-Beteiligung erwartet. Sie ist aufgefordert, das in unserer Partei freiheitliche Weltbild in allen politischen Entscheidungen umzusetzen.

Zahlreiche Entscheidungen und Diskussionen der baden-württembergischen Koalitionsregierung belegen, dass diese Grenze weit überschritten ist und die Landespolitik zunehmend von einer konservativen Verbotskultur geprägt wird:

- Erwachsene Menschen sollen an Tankstellen nach 22 Uhr keine alkoholischen Getränke mehr erwerben dürfen.
- Das Rauchen wird entgegen der durch Antrag beschlossenen Position der FDP auch dort verboten, wo die Rechte von Nichtraucher und Angestellten nicht berührt werden.
- Der Blumenverkauf am diesjährigen Muttertag blieb ausgerechnet aufgrund des von den Liberalen mit beschlossenen strengen Ladenöffnungsgesetzes verboten.
- Der Verkauf alkoholischer Getränke zum Pauschalpreis ist vom Wirtschaftsministerium auch für solche Veranstaltungen untersagt worden, zu denen ohnehin nur volljährige Bürger zugelassen sind.
- Nun sollen dem mündigen Bürger in Gaststätten und Spielhallen auch die bereits stark reglementierten Freizeitturniere im Pokerspiel mit sehr geringem Startgeld verboten werden.

Die FDP Baden-Württemberg betrachtet diese Verbote als falsch und überflüssig und strebt die entsprechende Korrektur bisheriger Gesetzesvorhaben und die Abwehr weiterer Verbote an. Die FDP-Landtagsfraktion konnte zwar viele Verbotsforderungen der CDU abwehren, muss aber ihre Anstrengung in diesem Bereich in Zukunft noch deutlich ausbauen. Kompromisse in inhaltlichen Fragen sind Bestandteil jeder Koalition, aber einer maßlosen Beschneidung der privaten Selbstbestimmung muss die FDP-Fraktion selbstbewusst entgegenreten.

Für eine verantwortungsbewusste Jugendpolitik

Die FDP-Landtagsfraktion und die Mitglieder der FDP innerhalb der baden-württembergischen Landesregierung werden aufgefordert, das zur Rechtfertigung von Verboten herangezogene falsche und traurige Jugendbild der CDU öffentlich zu kritisieren und zu korrigieren. Die baden-württembergische Jugend ist verantwortungsbereit, zukunftsorientiert und in zahlreichen Statistiken ungeschlagen. Der notwendige Schutz von Minderjährigen ist selbstverständlich

Pflicht der Politik, aber die Begründung von Verbotsorgien durch pauschalisierte Einzelfälle und die polemische Schelte längst volljähriger junger Bürger wird die FDP nicht weiter stillschweigend akzeptieren.

Die Liberalen setzen sich hingegen für einen konsequenten Vollzug bisheriger Gesetze zum Schutz Minderjähriger sowie für eine sinnvolle Präventionsarbeit ein. Gesetze, die zum vermeintlichen Schutz der Jugend dienen, tatsächlich aber aufgrund der geltenden Rechtslage ausschließlich volljährige und erwachsene Bürger treffen, werden ausnahmslos nicht mitgetragen.